

Unser Leutesdorf ... hier sind wir daheim

CDU

42. Jahrgang

Dezember 2022

Informationen für Bürgerinnen und Bürger

Neues aus der Ratsarbeit in Leutesdorf

In den Ratssitzungen dieses Jahres haben wir uns, wie bereits berichtet, u.a. mit einem Antrag für die **Verbesserung der ÖPNV-(Bahn-)Anbindung** eingesetzt. Es wird endlich Zeit, dass Leutesdorf an den **Halbstundentakt** auf der rechten Rheinschiene angeschlossen wird. Das würde deutliche Verbesserungen für Pendler und Schüler mit sich bringen und auch die Rheinsteig-Touristen und Gäste der Jugendherberge würden davon profitieren. Außerdem muss der barrierefreie Zugang zu den Bahnsteigen (für Rollatoren, Kinderwagen, etc.) verbessert werden. Konkrete Aussagen zur weiteren Umsetzung seitens SPNV Nord und Bahn gibt es derzeit noch nicht, aber wir bleiben dran.

In einem weiteren Antrag im Juni haben wir nochmals auf die **Verkehrsbelastung auf der B42** hingewiesen. Lärm und Erschütterungen werden insbesondere durch den Schwerlastverkehr verursacht, für den ja "eigentlich" ein **Durchfahrtsverbot zwischen Neuwied und Rheinbreitbach** besteht. Leider wird das bestehende Verbot aus unserer Sicht nur unzureichend kontrolliert und die LKW halten sich oft (vor allem bei Nacht) nicht an das bestehende Tempolimit. Daher haben wir hier **mehr Kontrollen** gefordert und zur Verringerung von Lärm und Erschütterung ein **Tempolimit von 30 km/h bei Nacht**. Dies wird derzeit durch den Landesbetrieb Mobilität (LBM) geprüft. Wir warten noch auf Antwort.

Für den Fußgängerüberweg Langenbergsweg/Rätsgasse (Schulweg) hat auf Anregung der Polizei Neuwied ein Ortstermin stattgefunden. Hier soll die **Einrichtung einer Fußgänger-Ampel** geprüft werden. Leider hat eine Zählung an einem Morgen vor Schulbeginn den eigentlich erforderlichen Wert von 50 Personen knapp verfehlt. Herr Cornely vom LBM hat hier jedoch Gesprächsbereitschaft signalisiert. Auch da werden wir zur **Sicherung des Schulwegs für die Kinder** dranbleiben.

In den zurückliegenden Ausschuss- und Ratssitzungen im September wurden wir mit den auch in der lokalen Presse bereits ausführlich dargestellten "Daumenschrauben" der SPD-geführten Landesregierung zur **Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer** konfrontiert. Hier wird uns als kleine Ortsgemeinde keine Wahl gelassen: Erhöhen wir die Hebesätze nicht auf die vorgeschlagenen Werte, werden wir von Zuweisungen und Zuschüssen ausgeschlossen und müssen ggf. auch weitere finanzielle Einschränkungen durch die Kommunalaufsicht fürchten.

Wir haben daher mit der Mehrheit der CDU-Fraktion im Gemeinderat eine Anpassung "nur" auf die vom Land vorgeschlagenen **Mindestsätze** beschlossen. Die VG-Verwaltung hatte in ihrer Beschlussvorlage sogar noch höhere Sätze als die vom Land geforderten vorgeschlagen. Die SPD-Fraktion hatte sich in der Abstimmung mehrheitlich für die höheren Steuersätze und damit für eine höhere Belastung der Bürger und Gewerbebetriebe ausgesprochen (in der Rhein-Zeitung war irrtümlich berichtet worden, die Abstimmung dazu sei "einstimmig" gewesen).

Wir meinen, dass gerade in Zeiten ohnehin starker finanzieller Belastungen durch Inflation und Energiekosten die Bürger seitens der Gemeinden nicht noch weiter belastet werden sollen. Und eine Erhöhung der Gewerbesteuer birgt immer auch die Gefahr, dass Firmen ihren Sitz an andere Standorte verlegen und der Gemeinde dann gar keine Steuererträge mehr bleiben.

..... weiter nächste Seite

In den letzten beiden **Ortsrundgängen der CDU-Fraktion** (Foto unterhalb) haben wir uns wie immer mit den örtlichen Nachbarschaften über die Probleme ausgetauscht und das eine oder andere auf den Weg gebracht. Und wenn es dann "auf dem kleinen Dienstweg" einmal nicht klappt, muss ein Thema eben auch mal durch einen Beschluss im Gemeinderat geregelt werden.

Bei einem Ortsrundgang haben wir den **schlechten Zustand der Parkplätze im Bereich Dorfplatz** festgestellt. Die CDU-Fraktion beantragte, dass die Büsche stark zurückgeschnitten oder wenn nötig entfernt und durch eine ökologisch sinnvolle, aber wenig pflegeintensive Bepflanzung (z.B. Bodendecker) ersetzt werden sollen. Damit soll sowohl die Parksituation am Dorfplatz verbessert werden als auch die zeitlichen Aufwände und damit Kosten des Bauhofs zur Grünflächenpflege reduziert werden. **Hier sehen wir aber noch Nachbesserungsbedarf.**

Ein weiteres Thema der letzten Ratssitzung war die **Einführung eines Gästebeitrags** in Leutesdorf. Hintergrund ist die Umstellung der Tourismusarbeit in der VG Bad Hönningen, durch die alle Ortsgemeinden in der VG künftig über die Umlage deutlich höhere finanzielle Beiträge abführen müssen (für Leutesdorf dann ca. 20.000 Euro statt bisher ca. 2.000 Euro pro Jahr). Bei einem ohnehin klammen Haushalt ist das ohne eine Gegenfinanzierung nicht zu machen. Dazu soll ab 1. April 2023 der Gästebeitrag dienen, der dann mit wenigen Ausnahmen für alle Übernachtungsgäste erhoben wird. Mit den betroffenen Betrieben werden Gespräche über die Modalitäten aufgenommen.

Info zum **Lärmschutz Bahn**: Bis Ende 2024 sollen die bestehenden Lärmschutzwände ergänzt werden und zwar bergseits vom Bahnübergang Kreuzkirche bis zum Ortsausgang, ebenfalls bergseits von der Fußgängerunterführung Dorfplatz bis zur Unterführung Große Fährgasse und rheinseits ab Unterführung Große Fährgasse (wegen vorhandener Mauer mit Lücke im Bereich der Rückseite der Johannesburg) bis kurz vor Unterführung alte B 42. Diverse weitere Wünsche der Ortsgemeinde sind noch in Prüfung.

Und dann ist da noch das Thema **Bebauungsplan "Rheinvorland"**. Im Gemeinderat hatten wir uns einstimmig (!!!) auf die Aufstellung eines vereinfachten Bebauungsplans für das Rheinvorland verständigt. **Das Verfahren sieht eine größtmögliche Bürgerbeteiligung vor.** Im Zuge der Offenlage war es allen Bürgerinnen und Bürgern und auch den sog. "Trägern öffentlicher Belange" möglich, Eingaben zum vorgelegten Plan einzureichen. **Ziel ist die Festlegung der Flächennutzung** in diesem Gebiet, also z.B. als Straße, Rheinwiese oder Parkplatz. Auch seitens der CDU-Fraktion haben wir einige Punkte zur Verbesserung der bestehenden Vorlage zusammengetragen und eingereicht. Alle Eingaben werden im Zuge der nächsten Ratssitzungen öffentlich diskutiert. Wir laden Sie herzlich ein, an den Ratssitzungen teilzunehmen und ihre Anliegen in der Einwohnerfragestunde jeder Sitzung vorzutragen.

Was wir aber nicht verstehen, sind die Ausführungen zum Thema im letzten "Sozialdemokrat" der SPD Leutesdorf. Das hat jedenfalls mit dem Stand der Diskussion und dem aktuellen Bebauungsplan nichts zu tun. Hat man das gemeinsam abgestimmte Vorgehen bei der SPD nicht verstanden? Oder will man bewusst Unklarheit erzeugen?

Zum Jahresende bedanken wir uns dennoch bei allen handelnden Personen für die Zusammenarbeit: Bei Ortsbürgermeister Heisterkamp, bei der Verwaltung und Bürgermeister Ermtraud und bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ortsgemeinderat, denn: Uns allen ist gemeinsam, dass wir uns für unsere Ortsgemeinde nach bestem Wissen und Gewissen einsetzen.



Termine und Infos:

Nächste öffentliche Hauptausschuss-Sitzung:
13. März 2023, 19:00 Uhr

Nächste öffentliche Gemeinderatssitzung:
27. März 2023, 19:00 Uhr

Alle Informationen zur Ratsarbeit (v.a. Termine, Tagesordnungen, Protokolle) finden Sie im Ratsinformationssystem der VG Bad Hönningen unter <https://bad-hoenningen.gremien.info/>

Entschuldung der Kommunen

Nach Informationen des SWR ([Liste](#)) ist seitens der Landesregierung eine weitere Alt-Schulden-Entlastung in den rheinland-pfälzischen Kommunen vorgesehen:

Verwaltungs- einheit	Name der Kommune	Kassen- kredite (2020)	Anrech- nungen	Bemessungs- grundlage	Entschuldung	Anteil an Bemessungs- grundlage	Restschuld/ Einwohner
Gemeinde	Leutesdorf	2.725.960 €	-2.739 €	2.723.221 €	1.903.068 €	70%	455 €
	Hammerstein	300.526 €	-15.760 €	284.766 €	135.535 €	48%	454 €
	Rheinbrohl	2.267.085 €	-1.353.983 €	913.102 €	128.879 €	14%	190 €
	Bad Hönningen	15.018.442 €	-531.490 €	14.486.952 €	11.729.197 €	81%	455 €

Bezugsgröße für die Schulden ist das Jahr **2020**. Alle Schulden, die seitdem in Leutesdorf dazugekommen sind, bleiben uns erhalten. Und für Rheinbrohl heißt das beispielsweise: Die Schulden für den neuen Kindergarten, der gerade im Bau ist, werden nicht berücksichtigt (3 Mio).

Das Land Rheinland-Pfalz zeigt einmal mehr, dass ihm die finanzielle Lage der Kommunen nicht wirklich am Herzen liegt. Eine wirkungsvolle kommunale Finanzreform ist dringender denn je.

Unter anderem wurde jetzt bekannt: Eine gleichzeitige Teilnahme an diesem neuen Programm und am Kommunalen Entschuldungsfond KEF, an welchem die Ortsgemeinde schon seit 2012 für 15 Jahre teilnimmt, ist nach jetzigem Stand NICHT möglich.

Herzliche Einladung

Der **CDU-Ortsverband Leutesdorf** lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich ein zum

**Neujahrsgespräch am Sonntag, 22.01.2023,
um 11:00 Uhr im Gemeindezentrum Leutesdorf**

Unser Gast an diesem Morgen ist:

Landrat Achim Hallerbach



**Wir wünschen eine gesegnete Weihnachtszeit und für das
Jahr 2023 viel Erfolg, Gesundheit und Glück!**

Ihr CDU-Ortsverband Leutesdorf

CDU

Herausgeber und verantwortlich: CDU-OV Leutesdorf;
Mitarbeit: CDU-Fraktion Leutesdorf
Erich Schneider, Markus Konitzer
Redaktion: B. Kerres, Hauptstr. 100, 56599 Leutesdorf;
Kritik/Lob/Anregung an: beate.kerres@t-online.de
Bilder: Privat, Erwin Rüdell, CDU-Deutschland

„Die grüne Energiepolitik ist gescheitert – KKW's müssen am Netz bleiben“

Berlin / Region. – Immer mehr Betriebe in unserer Region schlagen in Gesprächen mit MdB Erwin Rüdell wegen unbezahlbarer Energiepreise Alarm. Dazu erklärt der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete: „Wichtige Teile der Wirtschaft im Land drosseln bereits ihre Produktion, die BASF kündigt Arbeitsplatzverluste und milliardenschwere Investitionen in China an, zahllose Bäcker, Metzger, Handwerker und mittelständische Unternehmer – auch hier in meinem Wahlkreis – sehen sich aus eben diesen Gründen vor unlösbaren Problemen. Ihnen allen helfen keine Flüssiggastanker, die – vielleicht! - in ein paar Jahren aus Katar kommen werden.“

Und jeder, der sich die täglichen Zahlen zum Strommix in Deutschland anschaut, wird feststellen, dass in dunklen und windstillen November- und Dezembertagen so gut wie nichts von den angeblich „Erneuerbaren“ beigesteuert wird. Und er wird eine Ahnung davon bekommen, wie es ab Frühjahr bei uns aussehen wird, wenn die Gasspeicher leer sind und die letzten drei Kernkraftwerke endgültig abgestellt sein werden.

Dank massiver Rückgriffe auf Braunkohlekraftwerke hat es unsere Ampel-Regierung aber inzwischen geschafft, Deutschland – nach Polen – zum größten CO₂-Verursacher Europas zu machen – so sieht die geniale rot-grüne ‚Klimapolitik‘ in der Praxis aus! ‚Energiepreismotoren‘ sind gut und schön, auch wenn sie längst nicht überall helfen, wo es nötig wäre. Zudem werden sie mit Schulden bezahlt, für die künftige Generationen aufkommen müssen.

Was wir stattdessen brauchen, um die Preise zu drücken, ist ein deutlich erhöhtes Angebot an bezahlbarer Energie. Wir brauchen pragmatische Lösungen, gerade jetzt im Winter. Im Gespräch mit Unternehmen auch hier in unserer Region wird deutlich: Ohne preiswerte Energie drohen Schließungen und Abwanderung. Damit die Betriebe bleiben und die Beschäftigten eine Perspektive haben, brauchen wir bezahlbare Energie und konkurrenzfähige Arbeitsplätze - sonst steht unser Wohlstand auf dem Spiel! Mit Hilfe CO₂-freier, Kernkraftwerke können wir nicht nur die Strompreise deutlich senken, sondern auch den Druck von den Gaspreisen nehmen, damit kostbares Gas, welches die Unternehmen dringend benötigen, nicht sinnlos für die Stromerzeugung ‚verheizt‘ wird.

Vor allem die Grünen aber wollen, offenbar aus ideologischer Verböhrtheit, lieber Deutschland zwecks ‚Rettung der Welt‘ deindustrialisieren, statt sich der ‚grünen‘ Energie aus Kernkraft zu bedienen. Die Strategie, mit einer ‚Brückentechnologie‘ zu erneuerbaren Energien ausschließlich auf Gas zu setzen, ist restlos gescheitert. Wir brauchen den Weiterbetrieb der drei laufenden Kernkraftwerke mit Betriebsgenehmigung über den 15. April kommenden Jahres hinaus, und wir brauchen möglichst auch die Wiederinbetriebnahme der Ende 2021 außer Betrieb genommenen Kernkraftwerke Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen.

Sie sind als grundlastfähige Energieträger am Netz erforderlich,

- um die Versorgungssicherheit beim Strom zu gewährleisten
- um kostbares Gas für den Wärmemarkt und die Industrie bereitstellen zu können
- die Strompreise zu senken und
- um den CO₂-Ausstoß zu verringern!



An die Stelle von ideologisch getriebenem Wunschdenken muss endlich vernünftiges, faktenbasiertes Handeln und Entscheiden treten. Denn Deutschlands Unternehmen und seine Bürger sind auf eine sichere, grundlastfähige und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

Die verantwortlichen Regierungsmitglieder in Berlin sind dringend aufgefordert zu handeln!



CDU-Ortsverband beim Weihnachtsmarkt 2022

Endlich durften wir wieder! Und waren mit viel Freude dabei 😊 Der Weihnachtsmarkt mit Döbbekooche-Verkauf war ein Erfolg und eine gute Gelegenheit, mit vielen ins Gespräch zu kommen. Wir danken allen Spender*innen für die leckeren Döbbekooche und allen Gästen, dass sie da waren!

